

# Ein kleiner grosser Bruder für Basel

Parteien können gut mit der geplanten Videoüberwachung leben

PHILIPP LOSER

**Mit grossem Widerstand aus der Basler Politik ist nicht zu rechnen: Die wichtigen Parteien haben nichts gegen die Überwachung der Innenstadt einzuwenden.**

Noch bevor ein Franken des 680 000-Franken-Kredits gesprochen ist, präsentieren Polizei und Sicherheitsdirektor Hanspeter Gass (FDP) ein detailliertes Konzept, wann und wie die geplanten 20 neuen, fix installierten Überwachungskameras in der Innenstadt eingesetzt werden dürfen:

> **Grossveranstaltungen.** Die Kameras filmen nicht ständig, sie werden bei «kulturellen, gesellschaftlichen oder sportlichen Anlässen» eingesetzt.

> **Staatsanwaltschaft.** Im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens dürfen die Behörden auf die Kameras zurückgreifen.

> **Identifizierung.** Personen dürfen nicht alleine mit den Aufnahmen der Kamera identifiziert werden können.

> **Kontrolle.** Sämtliche Aufzeichnungen werden protokolliert und unterliegen der Kontrolle des Datenschutzbeauftragten.

> **Hinweis.** An den überwachten Stellen müssen Passanten auf die Überwachung hingewiesen werden.

> **Löschung.** Die Aufzeichnungen werden innert 24 Stunden gelöscht. Ausgenommen sind Aufnahmen, die in einem strafrechtlichen Verfahren gebraucht werden.



**20 neuralgische Punkte.** Die Innenstadt und andere Orte sollen ab 2010 mit Videokameras überwacht werden können. Grafik BaZ/resh

Dabei handelt es sich erst um ein provisorisches Konzept. Falls Regierung und Grosser Rat den Kredit für die 20 Kameras gutheissen, soll der Datenschutzbeauftragte das definitive Überwachungskonzept absegnen.

Dass es so weit kommen dürfte, scheint ausser Frage. Mit Ausnahme von BastA!-Grossrat Urs Müller und Christoph Bürgenmeier, Präsident der Liberalen, sprechen sich sämtliche von der BaZ angefragten Politiker aller Parteien für das neue Überwachungs-

konzept aus. Eher verhalten die Linke mit SP-Parteipräsident Martin Lüchinger («Bei Grossanlässen mag das eine gewisse Wirkung haben. Aber ich zweifle daran, dass die Kriminalitätsrate längerfristig mit Kameras gesenkt werden kann»), sehr freudig die Rechte mit SVP-Präsident Sebastian Frehner («Von mir aus dürften die Kameras auch immer aufzeichnen»). Auch CVP und FDP mit ihren Parteipräsidenten Markus Lehmann («ein Versuch wert») respektive Daniel Stolz («Wenn die Kontrolle

der Überwacher gewährleistet ist, können wir das unterstützen») sind bereits auf der Seite von Hanspeter Gass und seinen Kameras. Immer vorausgesetzt, die Überwachung geschieht datenschutzkonform.

**KRITISCHE STIMMEN.** Gegen diese Übermacht erheben sich die Stimmen von BastA! und Liberalen. Für Urs Müller geht der Plan von Gass in die Richtung der «totalen Überwachung». Und auch Bürgenmeier von den Liberalen hält die Überwachung der Innenstadt

nicht für das geeignete Mittel, um die Sicherheit von Basel zu erhöhen: «Die Situation in der Stadt ist nicht derart schlimm, dass wir auf ein solches Mittel zurückgreifen müssen.» Unterstützung erhalten die beiden vom Verein «grundrechte.ch». Dessen Basler Vorstandsmitglied Christian Thommen vermisst die rechtliche Grundlage des Vorhabens. Ausserdem bewiesen Studien aus England, dem Mutterland der Videoüberwachung, dass die totale Kontrolle die Kriminalitätsrate nicht unbedingt senke.